



**Zur Beachtung!**

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Profitabel - Wie die Industrie an Gesetzen mitstrickt**

Bericht: Ralph Hötte, Kim Otto, Markus Schmidt, Matthias Veit

Datum: 19.10.2006

**Sonia Mikich:** "Lobbyisten versuchen, die Politik zu beeinflussen, um ihrem Arbeitgeber Vorteile zu verschaffen. Dazu sprechen sie auch in Ministerien vor. Manche Lobbyisten haben das gar nicht mehr nötig – sie sind nämlich schon da.

Ja, richtig, das ist neu: Lobbyisten haben in unseren Ministerien mittlerweile eigene Büros – Tür an Tür mit Regierungsbeamten und ... mit eigener Durchwahl, und schreiben an Gesetzen mit. Bezahlt werden sie von ihren Unternehmen. Leihbeamte - gut für die Wirtschaft, schlecht für Bürger.

Markus Schmidt, Kim Otto, Ralph Hötte und Matthias Veit enthüllen."

---

Lärmschutz - Bürgerinteressen stehen gegen Industrie-Interessen. Beispiel Großflughafen Frankfurt. Der Betreiber hier ist die Fraport AG, eine Aktiengesellschaft. Ihr Interesse: Eine weitere Landebahn für noch mehr Flugzeuge, noch mehr Lärm. Seit Jahren protestieren Bürger heftig dagegen. Doch ein bundesweites Nachtflugverbot ist vom Tisch, weitreichenden Lärmschutz soll es erst nach dem Jahre 2010 geben.

Das Bundesumweltministerium wollte erheblich mehr für die Anwohner erreichen, aber der Gesetzentwurf wurde hier im Bundesverkehrsministerium merklich abgeschwächt und verwässert.

**Rainer Baake, ehem. Staatssekretär Bundesumweltministerium:** "Also gebremst hat das Bundesverkehrsministerium. Man hat die Kosten, die der Lärmschutz verursachen würde für die Flughäfen, erheblich übertrieben. Man hat den notwendigen Lärmschutz für die Anwohner der

Flughäfen klein geredet. Das heißt an dieser Stelle ist im Interesse der großen Flughäfen gehandelt worden und nicht im Interesse der betroffenen Bevölkerung."

Also ganz im Sinne der Betreibergesellschaft, der Fraport AG.

Und just ein Manager dieser Aktiengesellschaft sitzt seit Jahren im Verkehrsministerium. Entsandt und bezahlt von der Fraport. Zuständig auch für luftrechtliche Fragen, das geht aus diesem, MONITOR zugespielten Brief des Verkehrsministers hervor.

**Zitat:**

"Herr A., Angestellter der Fraport AG, berät seit September 2001 das Bundesverkehrsministerium..."

Interessenskollisionen seien dabei ausgeschlossen.

Die Fraport, sehr gut aufgestellt auch im Deutschen Bundestag. Das ergibt sich aus diesem Entschließungsantrag zum Flugverkehr. Ein Klick vom Experten, und die schreibgeschützte Datei offenbart den wahren Urheber. Nicht Abgeordnete des Bundestages sind die Autoren, sondern die Fraport AG.

Auch Susanne Vollrath hat eine Doppelfunktion: Vier Tage die Woche arbeitet sie hier für den Hauptverband der Deutschen Bauindustrie. Ihr Job: Möglichst viele lukrative öffentliche Aufträge reinholen. Und den fünften Tag der Woche, den arbeitet sie im Bundesverkehrsministerium mit eigenem Internetauftritt - Arbeitsgruppe public private partnership - ppp. Sie ist entsandt und bezahlt von der der Bauindustrie. Warum, erklärt ihr Chef in verblüffender Offenheit.

**Heiko Stiepelmann, Hauptverband der Deutschen Bauindustrie:** "Früher waren wir über Anhörungen in die Entscheidungsvorbereitung eingebunden. Das war oft zu spät. Heute sind wir sehr viel früher beteiligt an der Entwicklung von Maßnahmen im Bereich von ppp. Das ist für uns ein wesentlich effizienterer Ansatz. Wir haben einen Arbeitsvertrag mit dem Ministerium, die Mitarbeiterin arbeitet im Interesse der Bundesrepublik Deutschland."

Nur Einzelfälle? Keineswegs. Was bislang kaum einer wusste: Die Bezahlung durch die Industrie hat System. MONITOR kennt über 30 Beispiele dieser Art aus den vergangenen vier Jahren. Im Bundesministerium der Finanzen sitzen beispielsweise zurzeit ein Vertreter Deutschen Börse Group und ein Manager der Nordbank für mehrere Jahre. Im Wirtschaftsministerium bis vor kurzem Daimler Chrysler und mit LANXESS ein großer Chemiekonzern.

Wissen in Berlin die Beamten über ihre besonderen Kollegen Bescheid? Wir fragen nach:

**Reporter:** "Für wen arbeiten Sie?"

**Ein Mann:** "Ich arbeite im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie."

**Reporter:** "Von wem werden Sie bezahlt?"

**Der Mann:** "Von unserem Staat. Klar, von den Steuerzahlern."

**Reporter:** "Können Sie sich vorstellen, dass hier Mitarbeiter sind im Ministerium, die aus der Privatwirtschaft bezahlt werden?"

**Der Mann:** "Nein. Soll ich ausschließen."

**Anderer Mann:** "Ist mir nicht bekannt."

**Eine Frau:** "Nein."

**Noch anderer Mann:** "Sollte wohl nicht so sein, kommt aber wohl vor."

Von der Industrie bezahlte "Leihbeamte" - völlig normal? Keineswegs: Laut Grundgesetz sollen Staatsdiener in einem besonderen Treueverhältnis zu ihrem Dienstherrn stehen. Wie soll das gehen, wenn sie zwei Herren dienen? Der stellvertretende Parlamentspräsident ist völlig überrascht, dass so etwas in Ministerien möglich ist.

**Wolfgang Thierse, Bundestagsvizepräsident, SPD:** "Ich kannte diesen Umstand nicht, dass Mitarbeiter von Firmen in Ministerien sitzen und an Gesetzesvorhaben vorbereitend mitarbeiten. Das Problem besteht darin, dass mangelnde Transparenz Misstrauen erzeugen muss."

**Patrick Döring, MdB, FDP:** "Und in dem Moment, wo jetzt die Mitarbeiter für das Haus arbeiten, aber weiter von Verbänden oder Unternehmen bezahlt werden, dann entsteht das Problem Diener zweier Herren zu werden."

**Matthias Berninger, MdB, Bündnis 90/ Die Grünen:** "Die Entsendung ist keine mildtätige Spende von Industrie-Unternehmen, sondern die werden das ganz klare Interesse haben, dass

die Mitarbeiter Entscheidungsprozesse mit beeinflussen."

**Oskar Lafontaine, Fraktionsvorsitzender Die Linke:** "Wenn man zynisch wäre, würde man sagen die Regierung ist ehrlich geworden. In unserer Demokratie regiert ja nicht das Volk, sondern die Wirtschaftsverbände regieren, also könnte die Regierung sagen, warum nehmen wir nicht gleich die Vertreter der Wirtschaft in die Ministerien."

Und die von der Industrie bezahlten "Leihbeamten" sitzen nicht irgendwo, sondern in verantwortlichen Positionen. MONITOR hat nachgefragt: "An welchen wesentlichen Aufgaben arbeiten diese Mitarbeiter?" Hier eine Auswahl der Antworten:

Sie arbeiten an aktuellen Themenstellungen. Sie sind von großer Bedeutung, unterstützen Entscheidungen, bearbeiten Grundsatzfragen, wirken bei Gesetzen mit, und das ist besonders heikel. Die Bundesministerien sprechen von einem Austauschprogramm. Merkwürdig nur: Auf Anfrage kann uns kein ausgeliehener Beamter genannt werden.

Ein völlig normales Austauschprogramm? Spurensuche im Wirtschaftsministerium. Beispiel: Die überhöhten Strompreise. Hier wurden 2004 die Gesetze zur Durchleitung von Strom neu geregelt. Damit erzielten die Konzerne, denen die Strommasten gehören, satte Gewinne. Der Durchleitungspreis macht rund 30 Prozent des Gesamtpreises von Strom aus. Klar, dass die Unternehmen ein "besonderes Interesse" an den Durchleitungsregeln hatten. Sie schlugen Formulierungen vor, die dann eins zu eins ins Gesetz gelangten - wörtlich übernommen von RWE, so steht es in internen Dokumenten des Wirtschaftsministeriums.

Und just bei den Vorbereitungsarbeiten zu diesem Gesetzentwurf saßen hier im Ministerium von der Strombranche bezahlte Mitarbeiter.

**Prof. Hans Herbert von Arnim, Verwaltungsrechtler:** "Es ist für mich etwas ganz Neues und Überraschendes, die Betroffenen sind zwar in die Ministerien eingegliedert, ihre Loyalität gehört aber denen, die sie bezahlen aus der Wirtschaft, und die tun das nicht für Gotteslohn, sondern weil sie sich davon etwas versprechen, nämlich die Förderung ihrer Interessen, die bevorzugte Information, die sie auf diese Weise bekommen. Das ist eine besonders gefährliche Form des Lobbyismus, ja es bewegt sich sogar im Dunstkreis der Korruption."

---